



Informationen für den GGSA am 08. Juni 2026

- **Bedarfs- und Bestandsanalyse im Zuge der Umsetzung des GewHG in Hessen**

Das Gewalthilfegesetz (GewHG) ist am 28. Februar 2025 in Kraft getreten. Es zielt darauf ab, ein bedarfsgerechtes Hilfesystem bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt bereitzustellen. Die Bundesländer sind im Umsetzungsprozess dazu verpflichtet, den Bestand und die Versorgungsdichte von Schutz- und Beratungskapazitäten zu ermitteln.

Die Bedarfs- und Bestandsanalyse in Hessen wurde im Frühjahr mit einer Kommunalbefragung und einer Befragung der Träger durch zwei sehr renommierte Institute durchgeführt (ZEP Berlin und Zoom Göttingen). Frau Hechler vertritt den Hessischen Landkreistag im dazugehörigen Begleitgremium. Diese Analyse war sehr umfangreich und wird die Grundlage zur weiteren Entwicklungsplanung bilden. Für jede Gebietskörperschaft ist ein regionaler Steckbrief zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung des Hilfesystems geplant.

- **Online-Veranstaltung mit dem Titel: „Recht, Verantwortung, Widerstand. Wie Gleichstellungsarbeit Demokratie auf lokaler Ebene stärkt“**

Am 10. März fand eine Veranstaltung der Landesarbeitsgemeinschaft Hessischer Frauen- und Gleichstellungsbüros mit Prof. Dr. Ulrike Lembke zum Verfassungsauftrag Umsetzung der Chancengleichheit statt, moderiert von Dr. Inga Halwachs und Mareen Hechler. In Rahmen dieses Vortrags hat Prof. Lembke den Gleichberechtigungsartikel 3, Absatz 2 im Grundgesetz unter die Lupe genommen und dargestellt, was diese so kurz gefasste Rechtsnorm "Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin." (3, Absatz 2 GG) bedeutet. Auch wenn es, wie in Hessen, kein Ausführungsgesetz dazu gibt, ändert das nichts an der Aussagekraft und rechtlichen Verbindlichkeit dieser Rechtsnorm. Diese gilt für alle staatlichen Ebenen, es gibt keinen Subsidiaritätsgrundsatz. Die Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe, die institutionell und strukturell abgesichert werden muss.

Auf Grund der politischen Angriffe auf die Gleichstellungsarbeit in Sachsen wurde von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten (BAG) bei Frau Prof. Dr. Lembke ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. Das Rechtsgutachten „Die verfassungsrechtliche Gleichstellungsverpflichtung und die Bedeutung der Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten“ liefert erstmals eine fundierte verfassungsrechtliche Einordnung der kommunalen Gleichstellungsarbeit und stärkt die Rolle kommunaler Gleichstellungsbeauftragter in allen Bundesländern. Das Gutachten ist hier abrufbar: [Neu: Rechtsgutachten stärkt](#)

[Gleichstellungsbeauftragte in Städten und Gemeinden | BAG kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen](#)

- **Bundeskonzferenz in Lübeck: „Feministischer Kompass: Kurs halten in antifeministischen Gewässern“**

Mehr als 500 Teilnehmer*innen aus ganz Deutschland haben an der 29. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands in Lübeck teilgenommen (17.-19.05.2026), so auch die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Kreisverwaltung. Diskutiert wurde über die Gefahr von Antifeminismus für Gleichstellung und Demokratie und über weitere zentrale Herausforderungen zum Thema Gleichstellung von Frauen. Mit der Lübecker Erklärung und der Verabschiedung von mehr als 30 Anträgen richteten die kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten klare Forderungen an die Politik, u.a.: Nationaler Aktionsplan gegen Antifeminismus, Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, sichere und gesunde Geburten, größere Unterstützung von Eltern und mehr Steuergerechtigkeit, Unterstützung von Alleinerziehenden (...).

- **Petition „Frauenrechte Schützen“**

Die Landesarbeitsgemeinschaft Hessischer Frauen- und Gleichstellungsbüros hat eine Petition bei WE ACT gestartet, um die Arbeit der kommunalen und behördlichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Hessen zu stärken und zu schützen. Diese richtet sich an verschiedene Minister*innen der Hessischen Landesregierung. Anlass dafür sind akute Angriffe auf die Gleichstellungsarbeit in Hessen und es ist an der Zeit, ein starkes Signal zu setzen und die Zerstörung der Strukturen zu verhindern.

Hier der direkte Link:

https://weact.campact.de/petitions/frauenrechte-schutzen?share=965b56ac-b31e-45e1-8953-3c4d7cabcb5f&source=copy_email&utm_medium=recommendation&utm_source=copy_email



- **Newsletter des Büros für Chancengleichheit**

Zwei bis drei Mal im Jahr erscheint der Newsletter des Büros für Chancengleichheit.

Unseren Newsletter können Sie [hier](#) abonnieren.